

Medienkonferenz

Kostenfalle Bürokratie: Wo die Schweiz handeln muss

24. November 2025



Medienmitteilung

Montag, 24. November 2025

Kostenfalle Bürokratie: Schweiz muss jetzt handeln

Unternehmen und Landwirtschaftsbetriebe rasch und entschlossen entlasten

Das Wichtigste in Kürze:

- In der Schweiz könnten Bürokratiekosten von über 30 Milliarden Franken pro Jahr vermieden werden, wenn die Behörden ihre Prozesse effizienter und digitaler ausgestalten.
- Eine Entbürokratisierung würde Arbeitskapazitäten von über 55'000 Vollzeitstellen für produktive Tätigkeiten freisetzen.
- Die Regulierungskosten insgesamt betragen rund 80 Milliarden Franken. Die Belastung für Unternehmen und Landwirtschaftsbetriebe muss jetzt abgebaut werden, damit diese weiterhin im Hochlohnland Schweiz produzieren können.

Internationale Unsicherheiten und ein zunehmender Fachkräftemangel setzen die Schweizer Unternehmen spürbar unter Druck. Gleichzeitig steigt die Regulierungs- und Bürokratielast für die Unternehmen und Landwirtschaftsbetriebe weiter an. Insgesamt wurden in der letzten Legislatur 203 Gesetze und Verordnungen neu geschaffen oder angepasst. Auch in der Halbzeit dieser Legislatur zeigt sich: Die Zahl der Vorschriften wächst weiter.

30 Milliarden Franken vermeidbare Bürokratiekosten pro Jahr

Übermässige Regulierung und hohe Bürokratiekosten belasten sowohl Unternehmen wie auch Landwirtschaftsbetriebe und hemmen das Wachstum. Eine neue Studie der BSS Volkswirtschaftliche Beratung AG (BSS) und des ifo Instituts zeigt dabei:

- **Andere Staaten sind effizienter:** Skandinavische Staaten wie Schweden oder Dänemark gestalten ihre Verwaltungsprozesse deutlich effizienter und digitaler.
- **Hohe vermeidbare Bürokratiekosten:** Der internationale Vergleich zeigt, dass die Schweiz erhebliches Verbesserungspotenzial in der Effizienz der behördlichen Prozesse aufweist. Hätte die Schweiz vor zehn Jahren eine international vergleichbare Entbürokratisierung durchgeführt, würde das Pro-Kopf-BIP dadurch heute um rund 5 Prozent höher liegen. Der Vergleich zeigt, dass über 30 Milliarden Franken an Bürokratiekosten jedes Jahr vermeidbar wären. Die gesamten Regulierungskosten liegen sogar noch deutlich höher. Sie betragen gemäss einer Hochrechnung des Schweizerischen Gewerbeverbands rund 80 Milliarden Franken.
- **Bürokratieabbau erhöht Produktivität:** Ein umfassender Bürokratieabbau würde kleine, mittlere und grosse Unternehmen sowie Bauernbetriebe gleichermassen entlasten und er würde auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken: Viele Mitarbeitende verbringen heute einen zu grossen Teil ihrer Arbeitszeit mit administrativen Pflichten. Eine Reduktion der vermeidbaren Aufwände könnte gemäss BSS und dem ifo Institut Arbeitskapazitäten von über 55'000 Vollzeitstellen für produktive Tätigkeiten freisetzen.

Wirtschaft und Landwirtschaft fordern konkrete Massnahmen

Der Bundesrat hat im August entschieden, die Anstrengungen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz zu intensivieren. Er hat die zuständigen Departemente beauftragt, in bestehenden Regulierungen Entlastungsvorschläge zu erarbeiten und bei noch nicht abgeschlossenen Vorhaben eine Verschiebung zu prüfen. Für die vier Dachverbände ist klar: Jetzt ist es Zeit zu handeln. Es müssen konkrete Schritte folgen. Die vier Dachverbände fordern Bundesrat, Parlament und Verwaltung auf, konsequent zu handeln und den Abbau der Bürokratie bis Ende der Legislatur voranzutreiben.

Christoph Mäder, Präsident von *economiesuisse*, betont: «Die Wirtschaft braucht jetzt spürbare Entlastung. Wir fordern eine Digitalisierung aller Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung, einen Marschhalt bei neuen Nachhaltigkeitsregulierungen und ein Umdenken bei den Umwelt- und Energieregeln. Nur so bleibt die Schweiz wettbewerbsfähig und innovativ.»

Fabio Regazzi, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands und Unternehmer, sagt: «Das vom Schweizerischen Gewerbeverband *sgv* veranlasste Unternehmensentlastungsgesetz muss jetzt konsequent umgesetzt werden. Von Mitgliedern der Gewerbekammer sowie von mir selber eingereichte Motionen verlangen zusätzlich eine KMU-Regulierungskostenbremse. Die Bürokratie trifft KMU härter als Konzerne. Für den Gewerbeverband geht es deshalb nicht nur um die Effizienz des Vollzugs, sondern vor allem auch um die Bekämpfung von unnötiger Regulierung an sich.»

Severin Moser, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, betont: «Die Schweiz ist selbst in Europa in Sachen Fiskalquote kein Vorbild mehr. Sie hat ihren «schlanken Staat» längst eingebüsst. Wobei einer der grössten Treiber die Demografie respektive der Umgang damit im Rahmen der Sozialpolitik ist. Anstatt zur Finanzierung der ersten Säule laufend Steuern und Lohnabgaben zu erhöhen, braucht es endlich eine echte, strukturelle Reform.»

Markus Ritter, Präsident des Schweizer Bauernverbands, ergänzt: «Die zunehmende Überregulierung schränkt den Spielraum der Betriebe ein, die sich nachhaltig und zukunftsfähig entwickeln wollen. Der bauliche Pflanzenschutz etwa birgt nachweislich grosses Potenzial. Strenge Auflagen und Bewilligungspflichten behindern jedoch vielerorts den Bau von Gewächshäusern oder Folientunnels. Das ist nur ein Beispiel von vielen, wo es dringend Korrekturen braucht.»

Weniger Bürokratie – mehr Wohlstand

Eine Entlastung der Unternehmen und der Bauernbetriebe ist kein Selbstzweck: Weniger Bürokratie schafft Wohlstand, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und führt langfristig zu höheren Steuereinnahmen. Ein attraktiver Standort zieht Investitionen an, fördert Unternehmensgründungen und sorgt für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Es braucht daher jetzt einen umfassenden Bürokratieabbau, um die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts zu stärken.

Rückfragen:

- Silvan Lipp, Leiter Kommunikation, +41 44 421 35 57, media@economiesuisse.ch
- Simone Hinnen, Leiterin Kommunikation und Kampagnen, +41 76 373 79 74, s.hinnen@sgv-usam.ch
- Stefan Heini, Ressortleiter Kommunikation, +41 78 790 66 32, stefan.heini@arbeitgeber.ch
- Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband, +41 79 300 56 93, markus.ritter@sbv-usp.ch

Medienkonferenz

Montag, 24. November 2025

Es gilt das gesprochene Wort

Die Schweiz muss von den Besten lernen

Christoph Mäder, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie im Namen der vier Dachverbände der Wirtschaft und Landwirtschaft herzlich zur heutigen Medienkonferenz. Ich danke Ihnen für das Interesse und Ihre Teilnahme.

Aus aktuellem Anlass erlaube ich mir ein paar Worte zur Absichtserklärung zwischen der Schweiz und den USA zu sagen. Aus Sicht von economiesuisse ist klar: Es ist ein guter Deal. Die 39 Prozent Zusatzzölle sind eine enorme Belastung für die Schweizer Unternehmen. Mit der Senkung auf 15 Prozent können in unserem Land Tausende Arbeitsplätze gerettet werden. Und um genau das geht es: Wir müssen unserem Werkplatz und den Arbeitsplätzen in der Schweiz Sorge tragen. Die Absichtserklärung ist deshalb sehr wichtig. economiesuisse war seit Beginn weg eng in die Diskussionen zwischen Privatsektor und Bund involviert und unterstützt den Bundesrat weiterhin tatkräftig, damit es mit den USA zu einem vertraglichen Abschluss kommt.

Der Wirtschaftsstandort Schweiz bleibt herausgefordert. Es ist deshalb entscheidend, dass wir die Unternehmen rasch und entschlossen entlasten. Dabei müssen wir von den Besten lernen. Viele meinen, die Schweiz sei das liberalste Land Europas und böte den Unternehmen die besten Rahmenbedingungen. Es werden dann gerne unsere Nachbarländer Frankreich und Deutschland als Vergleich herangezogen. Zwei Länder, die unter massiver Bürokratie und Staatsverschuldung leiden. Doch diese Sichtweise ist verkürzt, ja sie ist falsch.

Die europäischen Konkurrenzstandorte sind teilweise besser aufgestellt

Tatsache ist nämlich, dass verschiedene europäische Konkurrenzstandorte inzwischen in wesentlichen Bereichen bessere Rahmenbedingungen als die Schweiz anbieten. Schweden zum Beispiel ist der Schweiz voraus, wenn es um eine tiefe Bürokratielast geht. Das skandinavische Land hat in verschiedenen Bereichen effizientere Verwaltungsprozesse und ist in der Digitalisierung der Behördengänge in manchen Bereichen weiter als die Schweiz. Die schwedischen Unternehmen werden somit weniger mit administrativem Aufwand beübt und sie können häufiger auf durchgehend digitalisierte Prozesse des Staates zurückgreifen. Und es ist nicht nur Schweden, das einiges besser macht als die Schweiz. Ich könnte auch auf Dänemark oder Estland eingehen.

Was ich damit sagen will: Wir müssen endlich aufwachen, vom hohen Ross heruntersteigen und einen objektiven Blick auf die relevanten Konkurrenzstandorte einnehmen. Wenn wir wieder zurück an die Spitze wollen, müssen wir vorwärtsmachen.

Standort Schweiz: Unternehmen müssen entschlossen und rasch entlastet werden

Es braucht jetzt ein entschlossenes Handeln. Die Politik ist gefordert, die Unternehmen spürbar zu entlasten. Es gibt konkrete Bereiche, in denen wir ansetzen müssen. Ich möchte drei Themenbereiche hervorheben:

- Erstens: Es braucht eine konsequente **Digitalisierung** und Standardisierung aller Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung. Dafür muss eine einheitliche Authentifizierung, ein sogenanntes Single Sign-on, eingeführt werden, das überall und auf allen Verwaltungsebenen funktioniert. Die digitalen Prozesse müssen endlich einfacher werden – mit verständlichen, benutzerfreundlichen Portalen und klaren Zuständigkeiten. Ausserdem sollten wir die behördlichen Abläufe auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene vollständig digitalisieren und möglichst einheitliche Standards setzen. Der Zugang zu Bewilligungen und Meldestellen soll für Unternehmen schnell, transparent und digital möglich sein.

Zweitens: Wir müssen in unserer **Standortpolitik** unnötige Regulierungen vermeiden. Wir fordern, dass die Schweiz ihre Spielräume in der Regulierung voll ausschöpft und Vorgaben wie die EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD, EU-Taxonomie oder die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) nicht übernimmt. Erst wenn auf europäischer Ebene praktikable und vereinfachte Lösungen stehen, sollte die Schweiz allfällige Anpassungen prüfen. Es braucht keinen Swiss Finish auf Kosten unserer Unternehmen. Dies gesagt, ist auch klar, dass die neue Konzernverantwortungsinitiative, die im Lichte der aktuellen Entwicklungen in der EU nun komplett im Abseits steht, klar abgelehnt werden muss. Der vom Bundesrat in Aussicht gestellte Gegenvorschlag muss diese jüngsten Entwicklungen auf EU-Ebene zwingend berücksichtigen.

- Drittens: Die Regulierung im **Umwelt- und Energiebereich** ist viel zu komplex geworden. Die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen, kurz VOC, kann man zum Beispiel sofort aufheben. Es ist ein unnötiger administrativer Aufwand. Die Ziele der Lenkungsabgabe sind längst erreicht. Ebenso braucht es eine Korrektur der neuen CO₂-Verordnung, besonders bei den Zielvereinbarungen, damit Unternehmen Planungssicherheit erhalten. Auf die Einführung eines Schweizer CO₂-Grenzausgleichssystems (CBAM) soll verzichtet werden.

Meine Damen und Herren, es ist Zeit aufzuwachen. Wir müssen unseren Standort stärken. In welchen weiteren Bereichen wir anpacken müssen, stellen meine Kollegen vor. Gerne übergebe ich nun das Wort an Fabio Regazzi.

SR Fabio Regazzi, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband und Unternehmer

Kontakt: 079 253 12 74

24. November 2025

Geschätzte Medienschaffende

Ich spreche zu Ihnen als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, aber auch als Unternehmer und als Vertreter der KMU im Parlament. In allen diesen Funktionen kämpfe ich seit Langem und fast täglich gegen das Laster der Bürokratie.

Zur Illustration nur ein kleines, alltägliches Beispiel in meinem eigenen Betrieb: Wir stellen in Gordola Rollläden her, und wir brauchen einen bisher als Lager gebrauchten Raum neu für die Produktion. **Da für müssen wir ein Baugesuch einreichen, und es ist theoretisch möglich, dagegen Einsprache zu erheben. Da frage ich mich schon, ob das wirklich nötig ist.**

Ein anderes Beispiel aus dem Gewerbe: Ein Maler muss bei einem Kunden einen Fensterrahmen auffrischen. Das ist ein kleiner Routine-Einsatz von gut einer Stunde Dauer. Weil der Maler dafür aber eine Leiter braucht, muss sein Betrieb über ein schriftliches Sicherheitskonzept verfügen. Jeder Einsatz wird von einer dokumentierten Gefährdungsbeurteilung begleitet. Das heisst: Der Maler inspiziert den Einsatzort, prüft, ob es neben den Standardsituationen besondere Risiken gibt, füllt ein Formular aus, unterschreibt, und der Betrieb archiviert das Ganze. **Für eine Stunde Malerarbeit bei einer Privatperson kommen so jedes Mal einige Minuten administrativer Formalitäten dazu.** Dies, obwohl sich die Arbeit und das Risiko von Auftrag zu Auftrag kaum ändern. Das ist unverhältnismässig.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgV kämpft nicht erst seit gestern gegen die Bürokratie. Der sgV tut dies schon seit vielen Jahren. Bürokratie schlägt bei den KMU am meisten auf. So hat der sgV zum Beispiel das Unternehmensentlastungsgesetz – kurz «UEG» genannt – lanciert. Der Einsatz hat sich gelohnt: Mit der Inkraftsetzung des UEG haben wir kürzlich erfolgreich ein Etappenziel erreicht. Das UEG muss jetzt aber konsequent umgesetzt werden. **So muss das SECO systematisch Entlastungen prüfen. Dazu hat der sgV dem SECO konkrete Themen gemeldet, unter anderem in den Bereichen Statistik, Steuern, öffentliches Beschaffungswesen, Nachhaltigkeit, Lebensmittel und im Medizinalbereich.** Der sgV sammelt laufend Vorschläge aus den verschiedensten Branchen, bereitet diese auf und speist sie bei der Verwaltung und im Parlament ein.

Der Kampf gegen die Bürokratie ist eine Sisyphus-Arbeit. Aber der Kampf ist nötig. Denn laut den Berechnungen des sgV entsprechen die Regulierungskosten in der Schweiz – über alle Stufen hinweg berechnet – total etwa 10% des Bruttoinlandprodukts. **Das sind rund 80 Milliarden Franken – jedes Jahr! Die heute vorgestellte Studie zeigt, dass allein durch Effizienzmassnahmen rund 30 Milliarden Franken eingespart werden könnten.**

Eine effiziente Verwaltung und die Digitalisierung sind wichtig. Es wäre aber zu kurz gegriffen, nur darauf zu fokussieren. **Denn die Effizienz des Vollzugs sagt ja noch lange nichts darüber aus, ob die zu vollziehende Regulierung sinnvoll ist oder nicht.** So haben diverse Länder trotz effizienter Verwaltung eine sehr hohe Staatsquote. Viele dieser Länder können zwar mit Vernetzung und Digitalisierung punkten, zum Beispiel bei den Steuererklärungen. Aber dafür werden dort mehr Aufgaben und Risiken an die Arbeitgeber übertragen. In solchen Ländern sind es beispielsweise die Arbeitgeber und nicht die Steuerpflichtigen selber, welche dem Staat die Einkommenssteuern überweisen müssen. In Basel wehren sich gerade aktuell Wirtschaftsverbände vehement gegen einen Vorschlag der Regierung, der in eine ähnliche Richtung geht. Ein solcher Nanny-State kann kein Vorbild sein.

Die Erfolgsfaktoren der Schweiz sind tiefe Staatsausgaben, tiefe Steuern und Abgaben, ein schlanker Staat mit einem flexiblen Arbeitsmarkt, guter Berufsbildung und einer vergleichsweise tiefen Regulierungsdichte. Wichtig sind auch der Föderalismus und die direkte Demokratie: Beides kann wie eine Regulierungsbremse wirken – so geschehen bei der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative, welche dank der Stimme der Kantone abgelehnt wurde.

Diese Erfolgsfaktoren der Schweiz sind aber in Gefahr. Deshalb engagiert sich der sgV für den Erhalt der Schuldenbremse, für den Abbau von Regulierungskosten, gegen die Aushebelung des Föderalismus (zum Beispiel bei den Kindertagesstätten), für den Erhalt der Flexibilität im Arbeitsmarkt (zum Beispiel bei den flankierenden Massnahmen), für eine gute Berufsbildung, für Strukturreformen bei den Sozialwerken und für ein obligatorisches Referendum zum neuen EU-Vertragspaket.

Die Schweiz muss sich auf ihre Tugenden zurückbesinnen: ein schlanker Staat mit wenigen und einfachen Gesetzen. Der Staat wächst aber auch bei uns immer mehr – Severin Moser wird noch darauf eingehen. Das ist für unsere KMU auf dem Arbeitsmarkt ein grosses Problem. Das Wachstum des Staats fördert auch die Einwanderung und die Regulierung. Es ist ein Teufelskreis. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen, bedeutet beispielsweise, das Budget beim Bundespersonal zu kürzen.

Der Kampf des Gewerbeverbands gegen die Bürokratie beginnt bereits im Gesetzgebungsverfahren. Auch hier ist "effizient" nicht immer "gut". So propagiert die Bundesverwaltung beispielsweise ein Vernehmlassungs-Tool, das für die Verwaltung effizient ist. Mit diesem Tool werden aber die Möglichkeiten der Stellungnahmen eingeschränkt, und der Aufwand wird von der Verwaltung zu den Verbänden verlagert.

Auch die Pflicht zur Schätzung von Regulierungskosten ist nicht unbedingt effizient. Sie ist aber wichtig. Und hier braucht es eine Verbesserung. Denn heute führen regulierungswillige Bundesämter die Schätzungen selber durch. Die Ämter, die eine neue Regulierung wollen, haben einen Anreiz, die Kosten der Regulierung als zu klein darzustellen. Wir fordern deshalb unabhängigere Schätzungen. Dazu habe ich eine Motion eingereicht. Und weitere Mitglieder der Gewerbekammer haben Motionen zur Einführung einer KMU-Regulierungskostenbremse eingereicht. Diese Geschäfte werden wir in der Wintersession beraten.

Wir haben die geforderte Bürokratiebremse auf KMU ausgerichtet, weil die Bürokratie unsere KMU viel stärker belastet als Konzerne. Konzerne haben grenzüberschreitende Compliance-Abteilungen. Bei KMU ist es hingegen häufig der Inhaber selber, der sich nach Feierabend noch mit der Bürokratie herumschlägt.

Der Bürokratieabbau ist eine der Bedingungen, welche der sgV für eine Zustimmung zu den neuen EU-Verträgen formuliert hat. Die Verträge haben zwar gewisse Vorteile. Für inlandorientierte KMU ist die dynamische Rechtsübernahme aber ein Kanal zum Import von EU-Bürokratie. Zur Kompensation braucht es deshalb Entlastungen.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir nicht nur Sonntagspredigten halten, sondern dass wir handeln und dass wir unsere Unternehmen dort entlasten, wo wir können. Das gilt auch für die SRG-Steuer. Schweizer Unternehmen zahlen dafür jedes Jahr fast 200 Millionen Franken - obschon ein Unternehmen weder Ohren noch Augen hat und somit weder Radio hören noch TV schauen kann.

Mit diesem Hinweis, den ich mir nicht verkneifen konnte, gebe ich das Wort gerne weiter an den Präsidenten des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, Severin Moser.

Medienkonferenz «Kostenfalle Bürokratie: Wo die Schweiz handeln muss»

Wächst der Staat ungebremst, schrumpft der Wohlstand

Rede von Severin Moser, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Geschätzte Medienschaffende,
sehr geehrte Damen und Herren

Wenn ich mit Unternehmern spreche, höre ich derzeit vor allem eines: Die Unsicherheiten nehmen zu, das unternehmerische Umfeld verschlechtert sich, die Wirtschaft kühlt ab.

Wir können die Weltlage nicht ändern – aber wir können sehr wohl die Rahmenbedingungen im Inland verbessern.

Bürokratie und Regulierung bedeuten vor allem eines: Kosten. Kosten, die die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen direkt schwächen.

Aus Sicht der Arbeitgeber gibt es in drei zentralen Bereichen akuten Handlungsbedarf:

Erstens wächst der Staat schneller als die Privatwirtschaft.

Mehr als vier von zehn neuen Stellen entstehen heute im staatlichen oder staatsnahen Bereich – mit 12 Prozent höheren Löhnen und deutlich besseren Sozialleistungen. Das ist unfaire Konkurrenz um die besten Köpfe und ein fragwürdiger Umgang mit Steuergeldern.

Wir fordern deshalb: Bund, Kantone und staatsnahe Betriebe müssen Mass halten, Prioritäten setzen und endlich das volle Potenzial der Digitalisierung für mehr Effizienz nutzen. Masshalten ist insbesondere in der Verwaltung gefragt. Denn viele dieser Angestellten sind zum Regulieren engagiert. Machen sie also, was von ihnen verlangt wird, führt dies zu höheren Kosten. Es darf aus meiner Sicht nicht sein, dass der Verwaltungsapparat laufend wächst, zumal stärker als die Privatwirtschaft.

Zweitens müssen wir die zunehmende Akademisierung offen und ohne Scheuklappen diskutieren.

Immer mehr junge Menschen entscheiden sich für eine tertiäre Ausbildung – nicht, weil es zu ihren Talenten passt oder der Arbeitsmarkt diese Menge an Uniabsolventen braucht, sondern weil es gesellschaftlich als «besser» gilt.

Ein Ergebnis dieser Tendenz sind zu viele Absolventen in übersättigten Fächern und gleichzeitig offene Lehrstellen und Fachkräftemangel in handwerklichen und technischen Berufen.

Wir brauchen deshalb eine ehrliche Debatte auch über Steuerungsinstrumente, damit sich Ausbildung wieder stärker am Bedarf des Arbeitsmarkts orientiert.

Drittens steigen die Lohnabgaben laufend an.

Eine gefährliche Tendenz. Denn je höher die Abgaben, desto teurer wird Arbeit, desto weniger lohnt sie sich – und desto weniger neue Stellen entstehen.

Dabei ist die Schweiz selbst in Europa in Sachen Fiskalquote kein Vorbild mehr. Sie hat ihren «schlanken Staat» längst eingebüsst. Betrachtet man die erweiterte Fiskalquote, die neben den Steuern und Sozialabgaben auch obligatorische Abgaben an private Institutionen wie Krankenkassen und Pensionskassen umfasst, ist man auf Augenhöhe mit ehemaligen Fiskalquoten-Schreckensgespenstern wie Deutschland und Österreich. Wobei einer der grössten Treiber die Demographie respektive der Umgang damit im Rahmen der Sozialpolitik ist.

Anstatt endlich strukturelle Reformen ins Auge zu fassen, will der Bundesrat selbst im Rahmen der nächsten grossen AHV-Reform primär Steuern und Lohnabgaben erhöhen. Obwohl bekannt ist, dass je stärker sich die Arbeit verteuert und je weniger sich Arbeit lohnt, desto schädlicher ist dies für Wachstum, Einkommensverteilung und Staatsfinanzen.

Statt laufend die Lohnabgaben zu erhöhen, fordern die Arbeitgeber deshalb strukturelle Reformen:

- Eine echte AHV-Reform z.B. eine automatische Kostenbremse nach dem Vorbild der Schuldenbremse. Ein Vorschlag, der auch im Sinne der politischen Linken sein sollte. Denn wenn es der AHV so gut geht, wie sie behauptet, müsste sie gar nie angerufen werden.
- Bei der IV unterstützen die Arbeitgeber die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Beeinträchtigungen. Ein spezieller Fokus liegt auf verstärkten Anstrengungen zur Arbeitsmarktintegration junger Menschen mit psychischen Problemen. Ein gelingender Einstieg in die Arbeitswelt ist zentral für die persönliche Entwicklung, die soziale Teilhabe und die langfristige wirtschaftliche Eigenständigkeit der Betroffenen.

Die Schweiz lebt von ihrer Standortqualität.

Diese Qualität ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis kluger Entscheidungen.

Wenn wir weiter ausbauen bei Regulierung, Staatsausgaben und Lohnabgaben, verspielen wir jene Trümpfe, die unseren Wohlstand sichern.

Jetzt ist der Moment, die Weichen zu stellen. Nur wenn wir die Prioritäten neu ordnen, bleibt die Schweiz ein Ort, an dem sich Innovation lohnt, Leistung zählt – und Wohlstand möglich ist.

Vielen Dank. Ich übergebe an Markus Ritter.

Medienkonferenz «Kostenfalle Bürokratie: Wo die Schweiz handeln muss»

Sie kostet und lähmt: Bürokratie in der Landwirtschaft

Referat von Nationalrat Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband (es gilt das gesprochene Wort)

Erinnern Sie sich an die Bauernproteste im Jahr 2024? Neben kostendeckenden Preisen war es insbesondere die zunehmende Bürokratie, welche die Bäuerinnen und Bauern auf die Strasse trieb. Der administrative Aufwand in der Schweizer Landwirtschaft ist riesig und er wächst weiter. Laut einer Studie der Agrarforschung Schweiz von 2022 betragen die Verwaltungskosten der Landwirtschaftsbetriebe rund 136 Millionen Franken pro Jahr, was 5.4 % des Direktzahlungsbudgets entspricht (Quelle [Agroscope](#)). Das Bürokratieproblem im Agrarsektor spiegelt sich auf verschiedenen Ebenen wider:

- **Regulierungsdichte, Verwaltungs- und Kontrollaufwand:** In der Landwirtschaft werden laufend neue Regulierungen eingeführt. Das System hat inzwischen einen Detaillierungsgrad erreicht, der kaum mehr tragbar ist. [Avenir Suisse](#) zählte 4000 Seiten mit Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien. Jede dieser Vorschriften muss umgesetzt und kontrolliert werden. Es gibt heute für einen gemischten Betrieb 3500 Kontrollpunkte. Für eine normale Grundkontrolle müssen die Betriebsleitenden dem Kontrolleur zwischen 6 und 10 Ordner mit Unterlagen und Aufzeichnungen vorlegen. Ein Aufwand, der zusätzliche Kosten verursacht und den letztlich die Steuerzahlenden tragen. Die Landwirtschaftsbetriebe sind Kleinunternehmen mit durchschnittlich 1.4 Standardarbeitskräften, bei denen die Familienarbeitskräfte grossmehrheitlich die Arbeit erledigen. Die zunehmend komplexen Vorgaben lähmen diese. Zur Veranschaulichung: Seit 2005 ist die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe in der Schweiz um über ein Viertel zurückgegangen. Im selben Zeitraum wurde der Personalbestand beim Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) jedoch um 1,8 % ausgebaut. Trotz fortschreitender Digitalisierung braucht es heute mehr Personal, um deutlich weniger Betriebe zu «administrieren».
- **Fehlender Handlungsspielraum für zukunftsfähige Entwicklungen:** Die zunehmende Überregulierung schränkt den Spielraum der Betriebe ein, die sich nachhaltig und zukunftsfähig entwickeln wollen. Der bauliche Pflanzenschutz etwa birgt nachweislich grosses Potenzial. Strenge Auflagen und Bewilligungspflichten behindern jedoch vielerorts den Bau von Gewächshäusern oder Folientunneln. Die vielen kantonalen und kommunalen Landschaftsschutzzonen erschweren die Entwicklung zusätzlich.
- **Unnötig komplexe Umsetzung von parlamentarischen Aufträgen:** Anliegen aus dem Parlament müssen von der Verwaltung umgesetzt werden, so funktioniert unser Staatssystem. Dabei stellen wir fest, dass sich diese bei der Interpretation dieser Aufträge teilweise weit zum Fenster rauslehnt und die Anliegen mit zusätzlichen Elementen aufbläst und/oder unnötig kompliziert umgesetzt. Ein Beispiel dafür ist der Absenkpfad für Pflanzenschutzmittel und Nährstoffverluste. Für die beschlossene Mitteilungspflichten für Pflanzenschutzmittel und Nährstoffe kamen aus der Verwaltung aufwändige Umsetzungsvorschläge, die zudem weit über den ursprünglichen parlamentarischen Auftrag hinausgingen.

Der Bundesrat hat glücklicherweise erkannt, dass es so nicht mehr weiter gehen kann. Guy Parmelin verabschiedete im September einen Aktionsplan zur Reduktion der Anzahl Kontrollen. Das ist ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung, weitere müssen folgen. Aktuell werden in der Landwirtschaftspolitik mit der AP 2030 die Weichen für die Zukunft gestellt. Ein grosses Anliegen der Bauernbetriebe ist der Abbau der überbordenden Bürokratie mit immer neuen Vorgaben. Es braucht einen grundlegenden Kurswechsel, der uns wegbringt von 1001 Detailvorschriften. Eigenverantwortung und unternehmerischer Spielraum sind gefragt. Die Zielerreichung soll entscheidend sein.

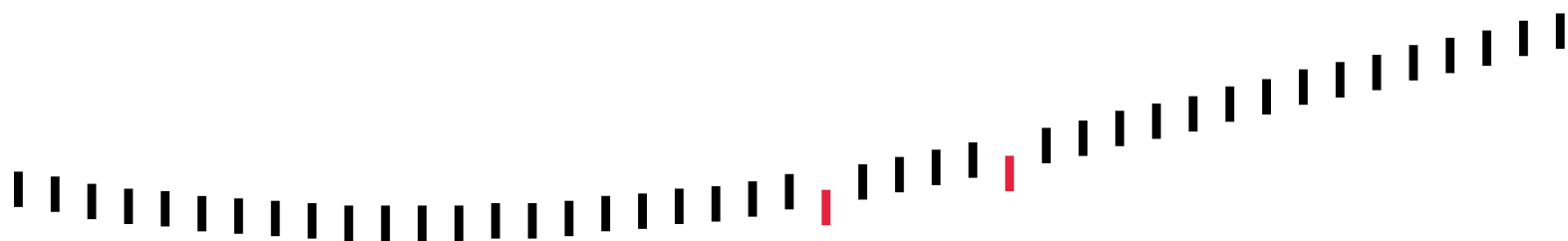
Der aufgeblähte Bürokratieapparat ist mehrfach negativ: Die immer zahlreicheren Auflagen erschweren den Bauernfamilien die tägliche Arbeit. Sie rauben wertvolle Zeit, die dann im eigentlichen Kerngeschäft fehlen. Die stetig wachsende Verwaltung führt zu erheblichen Kosten, die das Bundesbudget zusätzlich belasten. Das führt zu einem höheren Spardruck – insbesondere bei den schwach gebundenen Ausgaben wie jenen für die Landwirtschaft. Von einem Abbau der Bürokratie profitieren deshalb alle: Die Bauernfamilien, die Verwaltung und nicht zuletzt auch die Steuerzahlenden.

Schlussbericht

Kosten der Bürokratie in der Schweiz

Eine Quantifizierung der vermeidbaren Kosten durch
einen umfassenden Bürokratieabbau

Basel , 19.11.2025



Impressum

Kosten der Bürokratie in der Schweiz

Eine Quantifizierung der vermeidbaren Kosten durch einen umfassenden Bürokratieabbau
Schlussbericht

19.11.2025

Auftraggeber: economiesuisse

Autorinnen und Autoren: Prof. Oliver Falck (ifo), Chiara Graf (BSS), Yuchen Mo Guo (ifo),
Lukas Mergele (BSS), Christian Pfaffl (ifo)

Verantwortlich seitens Auftraggeber: Guido Saurer (Projektleiter Allgemeine Wirtschaftspolitik &
Bildung)

Projektleitung seitens Auftragnehmer: Lukas Mergele, Oliver Falck

Projektbearbeitung: Chiara Graf, Yuchen Mo Guo, Lukas Mergele, Christian Pfaffl

BSS Volkswirtschaftliche Beratung AG

Aeschengraben 9

CH-4051 Basel

T +41 61 262 05 55

contact@bss-basel.ch

www.bss-basel.ch

© 2025 BSS Volkswirtschaftliche Beratung AG

Inhalt

Das Wichtigste in Kürze	1
1 Ziel der Analyse	2
2 Bisherige Befunde	2
3 Analyse	4
3.1 Bürokratieindex	4
3.2 Folgen eines umfassenden Bürokratieabbaus für die Wirtschaftsleistung	6
3.3 Folgen eines umfassenden Bürokratieabbaus für den Fachkräftemangel	10
4 «Lernen von den Besten»: der Fall Schweden	11
5 Limitationen.....	12
6 Fazit.....	12
7 Literatur	13
A Anhang.....	15

| Tabellen

Tabelle 1: Ergebnisse der empirischen Schätzung des Effekts einer Entbürokratisierung	7
Tabelle 2: Einzelindikatoren des Bürokratieindex für ausgewählte Länder	17

| Abbildungen

Abbildung 1: Dauer zur Anmeldung von Immobilieneigentum	5
Abbildung 2: Entwicklung des Bürokratieindex in den Top-5-OECD-Ländern, 2006-2020	6
Abbildung 3: Geschätzter Effekt von umfassendem Bürokratieabbau auf das reale BIP	8
Abbildung 4: Entgangene Wirtschaftsleistung durch Bürokratieaufwand in der Schweiz	9
Abbildung 5: Nutzen einer Reduktion des administrativen Aufwands.....	10
Abbildung 6: Bürokratieindex der OECD-Länder	15
Abbildung 7: Baugenehmigung – Anzahl benötigter Vorgänge	16
Abbildung 8: Baugenehmigung – Anzahl benötigter Tage.....	16

Das Wichtigste in Kürze

Regulatorische Anforderungen und Bürokratie sind das grösste Wachstumshemmnis für Schweizer Unternehmen. Die volkswirtschaftlichen Kosten der Bürokratie sind jedoch schwer zu quantifizieren. Bisherige Berechnungen nach dem Standardkostenmodell erfassen nur direkte Kosten und vernachlässigen indirekte Effekte wie ausbleibende Unternehmensgründungen oder verlagerte Investitionen.

Anhand eines neu entwickelten Bürokratieindex zeigt sich, dass die Schweiz im internationalen Vergleich zwar solide abschneidet, gegenüber führenden skandinavischen Ländern jedoch erhebliches Verbesserungspotenzial aufweist. Auf Basis dieses Index berechnen wir die entgangene Wirtschaftsleistung für ein Szenario, in dem die Schweiz vor zehn Jahren eine umfassende und international vergleichbare Entbürokratisierung durchgeführt hätte. Im Durchschnitt würde das Pro-Kopf-BIP dadurch um rund 5% über dem heutigen Niveau liegen. **Die Bürokratiekosten für die Schweiz belaufen sich demnach auf rund 30.4 Milliarden CHF entgangener Wirtschaftsleistung pro Jahr.**

Eine Entbürokratisierung könnte auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken: Viele Arbeitskräfte verwenden einen erheblichen Teil ihrer Arbeitszeit für administrative Vorgaben. Unsere Beispielrechnung ergibt, dass eine umfassende Entbürokratisierung über alle Wirtschaftssektoren und den öffentlichen Dienst hinweg eine Entlastungswirkung von rund 55'900 Vollzeitäquivalenten erzielen könnte.

Im Bürokratieindex führende Länder wie Schweden bestätigen, dass eine hochwertige öffentliche Verwaltung wirtschafts- und bürgerfreundlicher ausgestaltet sein kann, vor allem indem umfassend digitalisiert wird. Neue Möglichkeiten der Effizienzsteigerung eröffnen sich zudem durch technologische Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI).

1 Ziel der Analyse

Regulatorische Anforderungen und Bürokratie sind das grösste Wachstumshemmnis für Schweizer Unternehmen. Laut Chancenreport der Raiffeisenbanken sehen drei von vier Unternehmen diese Faktoren als wesentliche Einschränkung ihres Geschäftserfolgs; kein anderes Hemmnis wird häufiger genannt (Behringer et al., 2025).

Ziel dieser Studie ist es, die gesamtwirtschaftlichen Kosten zu quantifizieren, die in der Schweiz durch Bürokratie entstehen. Die zentrale Frage lautet: Wie stark beeinträchtigt ein unzureichender Bürokratieabbau die Wirtschaftsleistung der Schweiz?

Die Messung von Bürokratiekosten ist komplex. Bisherige Studien nutzen überwiegend den sogenannten Standardkostenansatz (vgl. Bundesrat, 2013). Dieser erfasst die direkten Kosten administrativer Vorgänge und berechnet sich im Wesentlichen aus der Anzahl der Vorgänge, dem durchschnittlichen Zeitaufwand je Vorgang und den Lohnkosten je Zeiteinheit. Indirekte oder dynamische Wirkungen von Bürokratie bleiben dabei unberücksichtigt, wodurch die tatsächlichen Kosten typischerweise unterschätzt werden.

In dieser Studie nehmen wir eine gesamtwirtschaftliche Perspektive ein und berücksichtigen auch Wirkungsdimensionen, welche die Bürokratiekosten umfassender widerspiegeln. So können als Folge von Bürokratie etwa private Investitionen reduziert, Unternehmensgründungen verhindert oder Neueinstellungen nicht durchgeführt werden. Methodische Grundlage ist die Studie «Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand» von Falck et al. (2024), welche die gesamthaften Kosten eines fehlenden Bürokratieabbaus für Deutschland berechnet. Der Ansatz beruht auf der Berechnung eines neuen Bürokratieindex und einem Vergleich der Wirtschaftsentwicklung von Ländern mit und ohne einer durchgeführten umfassenden Entbürokratisierungsreform. Wir adaptieren diesen Ansatz für die Schweiz. Zudem untersuchen wir die Auswirkungen auf das Fachkräfteangebot und analysieren anhand des Fallbeispiels Schweden, was die Schweiz von anderen Ländern lernen kann.

Regulierung kann neben Kosten auch wesentlichen Nutzen stiften. Sie schafft Rechtssicherheit, schützt öffentliche Güter, verhindert Marktversagen und stellt Mindeststandards etwa im Arbeits-, Sozial- und Umweltschutz sicher. Diese Effekte stehen jedoch nicht im Zentrum der vorliegenden Untersuchung, die auf die Quantifizierung der wirtschaftlichen Belastungen durch Bürokratie abzielt.

2 Bisherige Befunde

Die zunehmende Komplexität und Dichte der Regulierung in der Schweiz ist gut dokumentiert. Gerny (2023) berichtet nach einer Studie von Schneider und Vokinger (2023), dass über die letzten 50 Jahre hinweg die Zahl der Gesetze stetig anstieg, auch wenn die Zahl der neu in Kraft getretenen Gesetze über die Zeit abnahm. Jedoch wuchsen auch bestehende Gesetze jedes Jahr um durchschnittlich 39 Wörter, zudem treten jährlich rund acht zusätzliche Verordnungen neu in Kraft.

Umfang und Komplexität der Regulatorik schlagen sich unmittelbar in den Kosten der Unternehmen nieder. Der Bürokratiemonitor des SECO (2022) liefert eine der umfassendsten Datengrundlagen dafür. Auf Basis einer repräsentativen Stichprobe werden Unternehmen zu 24 Vorschriften in den Bereichen Sozialversicherung, Steuern, Personal und weiteren Kategorien befragt. Erfasst werden sowohl die subjektiv wahrgenommene Belastung als auch der tatsächliche Zeitaufwand in Stunden pro Monat für die einzelnen Vorgaben. 60 Prozent der befragten Unternehmen bewerten die administrative Last als hoch oder sehr hoch. Rechnet man die angegebenen Zeitaufwände hoch auf die rund 206'000 KMU mit mindestens drei Beschäftigten in der Schweiz, belaufen sich die regulierungsbedingten externen Administrationskosten auf schätzungsweise 6.3 Milliarden Franken pro Jahr. Das KMU-Forum (2024) konstatiert auf Grundlage dieser Erhebungen und einer Befragung der freien Berufe (SECO, 2023; Gajta & Künzi, 2023), dass kleine und mittlere Unternehmen in den letzten Jahren einer zunehmenden administrativen Last ausgesetzt waren. Zwar wurden Entlastungsmassnahmen eingeführt, doch haben gleichzeitige neue Regulierungen verhindert, dass sich die Situation spürbar entspannt.

Die Studie von KPMG (2010) nutzt einen umfassenderen Ansatz in der Messung von Bürokratiekosten, der neben den klassischen betriebswirtschaftlichen Kosten auch sogenannte Verzichtskosten berücksichtigt. Verzichtskosten bezeichnen dabei entgangene Nutzen und Gewinne aus wirtschaftlichen Aktivitäten, die auf Grund von Regulierung nur eingeschränkt oder überhaupt nicht durchgeführt werden können. Basierend auf Datenerhebung in Schweizer KMU schätzt KPMG die Regulierungskosten auf Ebene des Bundes in den spezifischen Bereichen Arbeitsrecht/-sicherheit, Sozialversicherungen und Lebensmittelhygiene auf 3.7 Milliarden Franken pro Jahr. Kosten, welche auch ohne Regulierung anfallen würden («Sowieso-Kosten»), wurden bereits von dieser Summe abgezogen. Auf dieser Basis nehmen Bigler & Schneider (2019) eine Hochrechnung vor und extrapolieren die Kosten auf sämtliche Rechtstexte von Bund, Kantonen und Gemeinden. Im Ergebnis schätzen sie die gesamten Regulierungskosten auf 50 Milliarden Franken pro Jahr (Basisjahre 2009/2010). Diese Summe entsprach zum damaligen Zeitpunkt etwa 10 Prozent des BIP. Angesichts der seither erfolgten Regulierungszunahme sowie gestiegener Lohn- und Sachkosten gehen die Autoren davon aus, dass die Regulierungskosten mittlerweile deutlich höher liegen. Dieser Betrag enthält auch noch nicht indirekte volkswirtschaftliche Kosten, wie zum Beispiel eine niedrigere Dynamik im Bereich der Unternehmensgründungen oder Innovationshemmnisse.

Mosler & Schaltegger (2022) untersuchen die makroökonomischen Folgen von öffentlichen Verwaltungsausgaben auf Ebene der Kantone. Ihren Ergebnissen zu Folge verdrängen hohe Ausgaben für die öffentliche Verwaltung staatliche und private Investitionen und wirken damit wachstumshemmend, was auf starke indirekte Effekte von Bürokratie hinweist.

Wie komplexe Regulierungsprozesse Investitionen konkret behindern können, zeigt das Beispiel der Windenergie. Im europäischen Vergleich liegt die Schweiz beim Ausbau von Windkraftanlagen auf dem letzten Platz. Neben politischer Opposition sind vor allem langwierige Bewilligungsverfahren der Hauptgrund: Von der Festlegung geeigneter Gebiete durch die Kantone über die Integration in den Richtplan bis zur Nutzungsplanung und Baubewilligung sind mehrere Instanzen vorgesehen. Auf jeder Ebene kann der Prozess durch Einsprachen verzögert werden. Zudem können Urteile mehrfach weitergezogen werden. Ein Beschleunigungserlass zur Straffung dieser Verfahren wird derzeit im Parlament beraten (VSE, 2025).

3 Analyse

3.1 Bürokratieindex

Wir analysieren den Bürokratieindex der Schweiz im zeitlichen Verlauf und vergleichen ihn mit den OECD-Staaten bzw. den Top-5-Ländern mit dem geringsten Bürokratieaufwand. Zudem berechnen wir die entgangene Wirtschaftsleistung infolge des Bürokratieaufwands und untersuchen die Auswirkungen auf das Fachkräfteangebot. Datengrundlage ist die „Doing Business“-Erhebung der Weltbank - eine der weltweit umfassendsten Quellen zur Messung der Geschäftsfreundlichkeit und Unternehmensregulierung.

Daten und Methodik

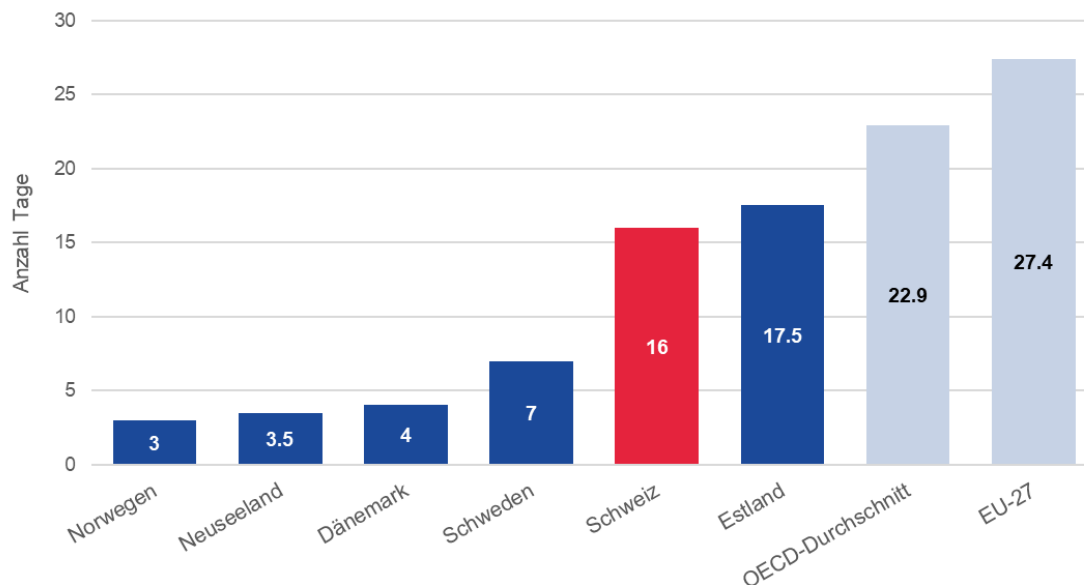
Der von Falck et al. (2024) entwickelte Bürokratieindex misst den Bürokratieaufwand für Unternehmen im internationalen Vergleich. Aus der «Doing Business»-Erhebung werden jene Variablen extrahiert, die den Erfüllungsaufwand durch bürokratische Vorschriften unmittelbar widerspiegeln.

Der Index umfasst folgende vier Dimensionen (in Klammern: Rang der Schweiz im Ländervergleich der Weltbank, 2020):

- Baugenehmigungen: Anzahl Verfahrensschritte und durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Tagen (71. von 190 Ländern).
- Eigentumsregistrierung: Anzahl Verfahrensschritte und durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Tagen (18. von 190 Ländern).
- Steuererklärung: Jährlicher Zeitaufwand in Stunden und Einreichungsfrequenz (20. von 190 Ländern).
- Aussenhandel: Anzahl notwendiger Dokumente für den Import und Export sowie Dauer der Zollabwicklung in Tagen (26. von 190 Ländern).

Die Einzelindikatoren werden standardisiert, auf einen Mittelwert von null normiert und zu einem aggregierten Index zusammengeführt. Negative Indexwerte stehen für unterdurchschnittlichen, positive Werte für überdurchschnittlich hohen Bürokratieaufwand.

Abbildung 1: Dauer zur Anmeldung von Immobilieneigentum



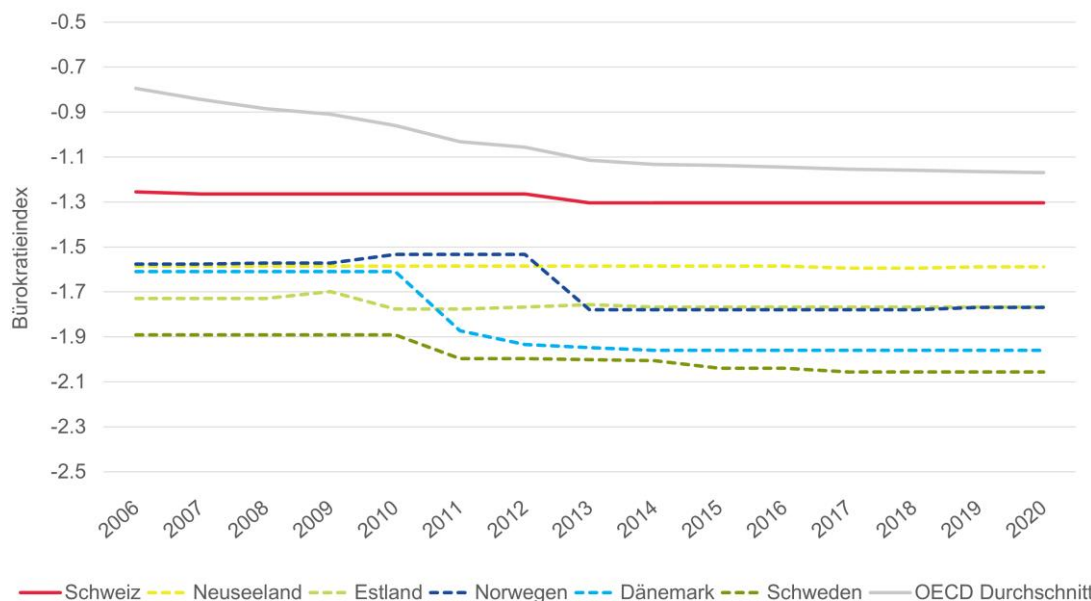
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts basierend auf Daten der Weltbank, Auswertung basierend auf Gewerbeimmobilien. Darstellung BSS.

Abbildung 1 zeigt als Beispiel für eine Indexdimension die benötigte Dauer zur Anmeldung von Immobilieneigentum. Darunter fällt in der Schweiz die Eintragung ins Grundbuch (für weitere Einzelindikatoren vgl. auch Abbildung 7, Abbildung 8 und Tabelle 2 im Anhang). Wir vergleichen die Schweiz dabei mit den fünf OECD-Staaten, die den geringsten durchschnittlichen Bürokratieindex aufweisen. Dies sind Dänemark, Estland, Norwegen, Neuseeland und Schweden. Die Schweiz liegt mit einer Dauer von 16 Tagen bis zur Anmeldung unter dem OECD-Durchschnitt von 23 Tagen. Auch in anderen Teildimensionen des Index fällt der Bürokratieaufwand in der Schweiz geringer aus als der OECD-Durchschnitt. Lediglich die Anzahl benötigter Tage für die Baugenehmigung ist in der Schweiz mit 156 Tagen höher als der OECD-Durchschnitt von rund 148 Tagen (vgl. Abbildung 8 im Anhang).

Bürokratieindex: Ergebnisse

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung des Bürokratieindex für die Schweiz im Vergleich zu den fünf OECD-Staaten mit den niedrigsten Indizes zwischen den Jahren 2006 und 2020. Dies sind Dänemark, Estland, Norwegen, Neuseeland und Schweden. Ergänzend ist der Indexdurchschnitt der OECD-Staaten dargestellt. Ein Indexwert von Null entspricht dem Durchschnitt aller enthaltenen Länder im Jahr 2006.

Abbildung 2: Entwicklung des Bürokratieindex in den Top-5-OECD-Ländern, 2006-2020



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts basierend auf Daten der Weltbank. Ein Wert von «Null» entspricht dem Durchschnitt aller in die Untersuchung eingeschlossenen Länder (inklusive Nicht-OECD-Länder) im Jahr 2006. Darstellung: BSS.

Die Schweiz liegt im internationalen Vergleich unter dem OECD-Durchschnitt, hat also einen günstigeren Bürokratieindex als die meisten Industrienationen. Die Schweiz stellt für Unternehmen also kein «Bürokratiemonster» dar. Gleichzeitig liegt die Schweiz deutlich hinter Ländern wie Schweden, Dänemark und Finnland, welche durch besonders niedrige Indizes hervorstechen.

Über den betrachteten Zeitraum hinweg stagniert der Indexwert der Schweiz weitgehend. Dies deutet auf einen konstanten Bürokratieaufwand in den analysierten Dimensionen hin. Es ist jedoch zu beachten, dass der Bürokratieindex von Falck et al. (2024) nur einen Ausschnitt des gesamten Bürokratieaufwands abbildet. Andere, womöglich über die Zeit zunehmende Aspekte von Bürokratie, bleiben somit unberücksichtigt. Zahlen des deutschen Normenkontrollrats beispielsweise zeigen einen Anstieg des Erfüllungsaufwands in Deutschland seit 2020, obwohl der Bürokratieindex über längere Zeit stabil blieb.

3.2 Folgen eines umfassenden Bürokratieabbaus für die Wirtschaftsleistung

Daten und Methodik

Im nächsten Schritt nutzen wir den Bürokratieindex, um die Folgen eines umfassenden Bürokratieabbaus auf die Wirtschaftsleistung zu schätzen. Dazu müssen entsprechende Reformepisoden mit grundlegendem Bürokratieabbau zunächst identifiziert werden. Wie in Falck et al. (2024) nutzen wir dafür einen datengestützten Ansatz: Reformepisoden werden als grundlegender Abbau definiert, wenn ein Land im obersten Perzentil aller jährlichen Rückgänge des Index liegt. In unserem Ländersample umfasst dies 27 Beobachtungen. Ein Beispiel liefert Frankreich: Mit der 2006 gestarteten «Révision générale des politiques publiques (RGPP)» senkte die Regierung

Sarkozy den Bürokratieindex um 0.8 Punkte und erfüllte damit die Schwelle für einen grundlegenden Bürokratieabbau. Zum Vergleich: Der Koalitionsvertrag 2025 der deutschen Bundesregierung deutet eine geplante Reduktion der Bürokratie in Deutschland an, darunter die Verringerung von EU-Vorgaben um 25%. Dies würde eine Reduktion im Bürokratieindex für Deutschland von höchstens 0.3 Indexpunkten bedeuten, womit diese Massnahme nicht als Reformepisode kategorisiert werden würde. Das verdeutlicht, wie weitreichend ein grundlegender Bürokratieabbau sein muss, um zur in Falck et al. (2024) gebildeten Gruppe zu gehören.¹

Die identifizierten Reformepisoden verknüpfen wir mit Daten zum Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf. Diese Daten stammen aus den nach einheitlichen Vorgaben erstellten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder, wie sie von der Weltbank zur Verfügung gestellt werden. Die Wirkung der Reformepisoden wird dann mit einem Differenz-in-Differenzen-Ansatz geschätzt. Dieser vergleicht die Entwicklung des realen BIP pro Kopf in Ländern mit und ohne grundlegenden Bürokratieabbau und isoliert so den Effekt der Reformen. Durch die Gegenüberstellung der Veränderungen vor und nach den Reformen in beiden Gruppen werden sowohl allgemeine zeitliche Trends als auch anfängliche Niveauunterschiede zwischen den Ländern bereinigt (vgl. Card and Krueger, 1994).

Ergebnisse

Das zentrale Ergebnis der empirischen Schätzung in Falck et al. (2024) ist ein positiver Zusammenhang zwischen grundlegendem Bürokratieabbau und der Wirtschaftsleistung eines Landes (Tabelle 1). Numerisch bedeutet das, dass nach einem umfassenden Bürokratieabbau das BIP pro Kopf um durchschnittlich 4.6% höher ausfällt als vor dem Bürokratieabbau. Der Effekt von 4.6% spiegelt den durchschnittlichen Effekt über alle Jahre nach einer Reform wider. Es kann also sein, dass der Effekt anfänglich gering ist und sich über die Zeit aufbaut.

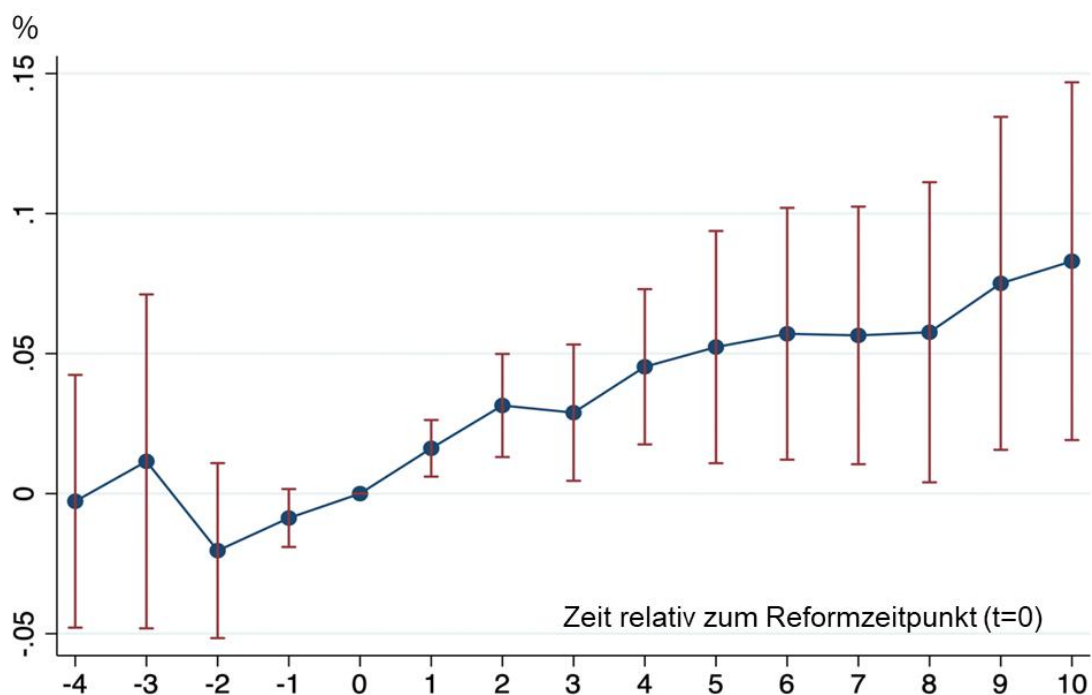
Tabelle 1: Ergebnisse der empirischen Schätzung des Effekts einer Entbürokratisierung

Schätzansatz	Log BIP pro Kopf
Differenz-in-Differenzen Schätzer	0.0370*** (0.0135)
De Chaisemartin und d'Haultfœuille (2022)	0.0463*** (0.0150)
Borusyak, Jaravel und Spiess (2023)	0.0530*** (0.0192)
Callaway und Sant'Anna (2021)	0.0533*** (0.0166)
Länder	Weltbank Sample
Beobachtungen	2'910
Robuste Standardfehler in Klammern, * p < 0.10, ** p < 0.05, *** p < 0.01	

¹ Mit der Methode von Falck et al. (2024) können auch die Effekte von weniger starken Rückgängen von Bürokratie auf die Wirtschaftsleistung geschätzt werden, wie zum Beispiel Reformen im Umfang des ange-deuteten Bürokratieabbaus für Deutschland um ein angenommenes Mass von 25%. Die Effekte dieser Re-formen sind jedoch empirisch weniger eindeutig identifiziert.

Abbildung 3 zeigt den prozentualen Unterschied des realen BIP pro Kopf zwischen Ländern mit und ohne umfassenden Bürokratieabbau über den Zeitverlauf relativ zum Zeitpunkt des umfassenden Bürokratieabbaus (Zeitpunkt $t=0$). Bis vier Jahre vor dem Ereignis eines grundlegenden Bürokratieabbaus ist der Unterschied nicht signifikant von Null unterscheidbar. Das heisst, bis zum Zeitpunkt der Bürokratiereform unterscheidet sich die Entwicklung des realen BIP pro Kopf in Ländern mit und ohne grundlegenden Bürokratieabbau im Durchschnitt nicht. Das impliziert, dass die empirische Schätzung des Effekts nicht von anfänglich unterschiedlichen Entwicklungen im realen BIP zwischen Ländern mit und ohne Bürokratieabbau verzerrt ist. Nach der Reform (ab Zeitpunkt 1) unterscheiden sich die Länder mit und ohne Bürokratieabbau hinsichtlich ihrer realen BIP pro Kopf Entwicklung jedoch signifikant. Insbesondere baut sich der Effekt von 1.6% im ersten Jahr nach der Reform ($t=1$) auf 8.3 % zehn Jahre nach der Reform auf ($t=10$). Das heisst, Reformen zum Abbau von Bürokratie entfalten ihre positive Wirkung nicht unmittelbar, sondern erst im Lauf der Zeit.

Abbildung 3: Geschätzter Effekt von umfassendem Bürokratieabbau auf das reale BIP

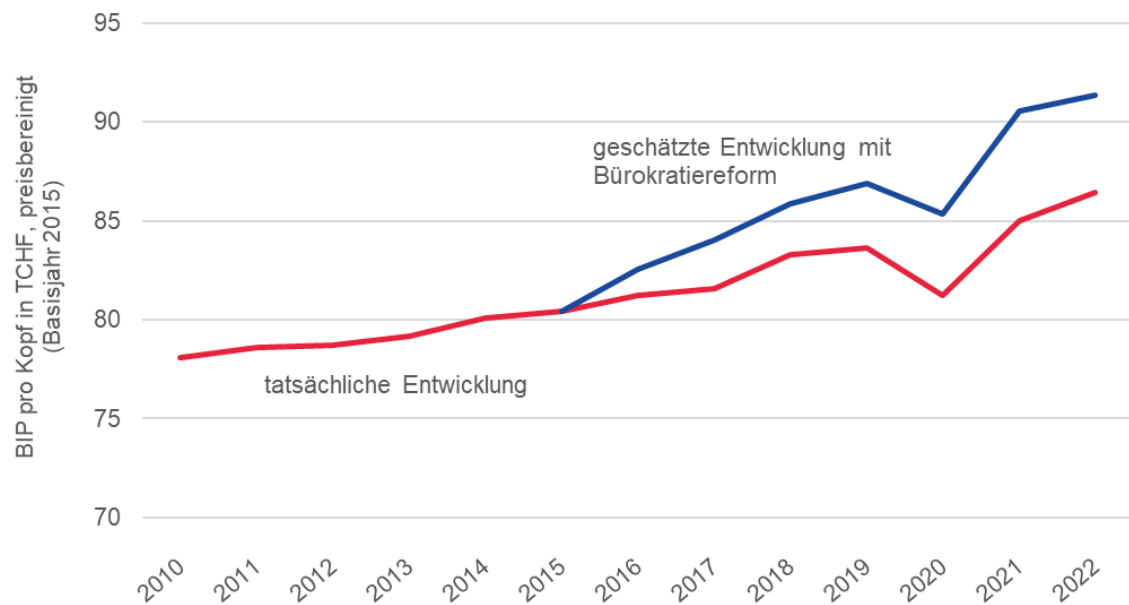


Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 4 veranschaulicht den Verlauf des realen BIP pro Kopf für die Schweiz für zwei Szenarien. Ein Szenario, das die vergangene Entwicklung abbildet (tatsächliche Entwicklung) und ein hypothetisches Szenario, in dem 2015 ein umfassender Bürokratieabbau stattgefunden hätte. Hätte die Schweiz demnach im Jahr 2015 einen grundlegenden Bürokratieabbau umgesetzt, wäre das reale BIP pro Kopf im ersten Jahr nach der Reform um 1'313 CHF gestiegen. Dieser Effekt wäre bis zum Jahr 2022 auf insgesamt 4'883 CHF mehr BIP pro Kopf gestiegen. Im Durchschnitt würde dies über den gesamten Zeitraum von 2015 bis 2022 einem zusätzlichen realen BIP pro Kopf von jährlich rund 5% bzw. 3'459 CHF entsprechen. **Insgesamt belaufen sich die**

Bürokratiekosten in Form von entgangener Wirtschaftsleistung für die Schweiz auf rund 30.4 Milliarden CHF pro Jahr.

Abbildung 4: Entgangene Wirtschaftsleistung durch Bürokratieaufwand in der Schweiz

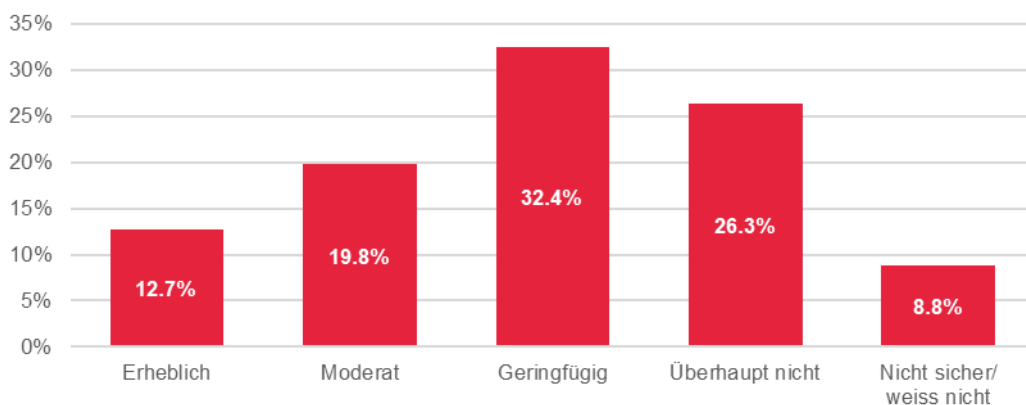


Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. Darstellung: BSS.

3.3 Folgen eines umfassenden Bürokratieabbaus für den Fachkräftemangel

Eine administrative Entlastung durch weniger Vorschriften und Regulierungen könnte auch einen Beitrag zur Entschärfung des Fachkräftemangels leisten. Die für administrative Aufgaben aufgewendete Arbeitszeit könnte alternativ für Facharbeit genutzt werden. Zu dieser Problematik hat BSS im Sommer 2024 über 500 Unternehmen aus dem Handel und dem verarbeitenden Gewerbe befragt. Die Ergebnisse in Abbildung 5 zeigen: Rund jedes dritte Unternehmen sieht im Bürokratieabbau hohes oder zumindest moderates Potenzial zur Entlastung der Fachkräftesituation. Ein weiteres Drittel schätzt den Nutzen einer Entbürokratisierung als gering ein, während das verbleibende Drittel keinen Nutzen erwartet oder unsicher ist. Insbesondere im Bereich Chemie und pharmazeutische Erzeugnisse wird der Nutzen einer administrativen Entlastung als erheblich eingestuft.

Abbildung 5: Nutzen einer Reduktion des administrativen Aufwands



Quelle und Darstellung BSS.

Vollständiger Fragetext: «Könnte die Reduzierung administrativer Belastungen durch staatliche Regulierungen zu einer spürbaren Entlastung Ihres Personals beitragen und somit den Arbeitskräftemangel mildern?». (N=529 Unternehmen aus den Bereichen Handel und Verarbeitendes Gewerbe)

Eine einfache Rechnung zeigt die Relevanz dieser Ergebnisse: Nehmen wir an, dass bei einer «erheblichen» bzw. «moderaten» Entlastung des Personals durch einen Bürokratieabbau die verfügbare Arbeitszeit um 3% bzw. 1% steigt. Im verarbeitenden Gewerbe und im Handel entspräche dies in der Folge einem zusätzlich verfügbaren Arbeitskräftepotenzial von rund 1.3% der Beschäftigten (rund 11'000 Personen). In nicht untersuchten Branchen mit hohem Bürokratieaufwand wie dem Gesundheitswesen könnte das Entlastungspotenzial sogar noch grösser ausfallen. Übertragen wir die Berechnung auf die Gesamtwirtschaft einschliesslich des öffentlichen Sektors (4.3 Mio. Beschäftigte in Vollzeitäquivalenten im Jahr 2024), so impliziert ein umfassender Bürokratieabbau ein zusätzliches Arbeitskräftepotenzial von rund 55'900 Vollzeitäquivalenten. Diese Zahlen zeigen, dass eine Entbürokratisierung einen relevanten direkten Beitrag zur Entschärfung des Fachkräftemangels leisten kann.

4 «Lernen von den Besten»: der Fall Schweden

Schweden belegt seit Jahren einen Spitzenplatz im Bürokratieindex (vgl. Abbildung 2). Mit einem Bürokratieindex von rund -2.1 im Jahr 2020 liegt es deutlich unter dem OECD-Durchschnitt und vor der Schweiz. Wie lässt sich dieser Erfolg erklären und welche Ansätze könnten für die Schweiz als Vorbild dienen? Im Folgenden zeigen wir mögliche Gründe auf.

1. *Governance*: In Schweden erfolgt die politische Führung nicht ausschliesslich über das Kernministerium, sondern primär auf dezentraler Ebene durch lokale und kommunale Behörden. Die regionalen Behörden sind zwar weiterhin direkt der Zentralregierung unterstellt, sie führen deren Entscheidungen aber selbstständig, organisatorisch unabhängig und landesweit aus (Deutsch-Schwedische Handelskammer, 2025). Die flachen Hierarchien ermöglichen rasche Entscheidungsfindungen, Agilität und Flexibilität (OECD, 2023; IHK München, 2025; Global Government Forum, 2021).
2. *Digitalisierung*: Schweden ist Vorreiter im Bereich der Digitalisierung. So erhalten beispielsweise alle Neugeborenen eine lebenslange elektronische Personen-ID und eine zentrale Banken-ID. Mithilfe dieser IDs können alle Verwaltungsverfahren digital erledigt werden. Immobiliengeschäfte, Unternehmensgründungen, Steuererklärungen lassen sich mit wenigen Klicks abwickeln. Dies spart Zeit, Kosten und stellt einen Wettbewerbsvorteil dar (IHK, 2025; OECD, 2023).
3. *Once-Only-Prinzip*: Der effiziente Datenaustausch zwischen den Behörden und Regionen wird über das Once-Only-Prinzip sichergestellt. Werden Daten einmal registriert, haben alle Behörden Zugriff darauf, sei es die Krankenkasse, die Steuerverwaltung usw. (Deutsch-Schwedische Handelskammer, 2025). Einheitliche Schnittstellen bei den behördlichen Softwarelösungen sind hierbei von zentraler Bedeutung, da sie einen reibungslosen und schnellen Datenaustausch ermöglichen (IHK München, 2025). Auch private Anbieter von Buchhaltungssoftwares sind eng mit den Finanzämtern verknüpft, sodass ihre Kunden die Quartalszahlen für die Steuererklärung unkompliziert direkt beim Staat hochladen können (Deutsch-Schwedische Handelskammer, 2025; IHK München, 2025). Steuererklärungen werden mittels der vorhandenen Angaben vom Staat vorbereitet und müssen vom Einzelnen lediglich bestätigt werden.
4. *Zusammenarbeit*: Staatliche Behörden investieren viel Geld in die Weiterentwicklung von Softwarelösungen (Borg et al., 2018). Hierbei arbeiten sie stark mit der Privatwirtschaft zusammen. So werden öfter bestehende, erfolgreiche Konzepte aus der Privatwirtschaft aufgegriffen, statt individuelle Verwaltungslösungen erarbeitet (Deutsch-Schwedische Handelskammer, 2025).
5. *Dienstleistungsorientierung*: Des Weiteren verstehen sich die schwedischen Behörden nicht nur als reine Regulierungsinstanzen, sondern als serviceorientierte Partner der Wirtschaft, die auf die Bedürfnisse der Unternehmen eingehen (IHK München, 2025). Dies zeigt sich auch in den vergleichsweise tiefen Ausgaben für administrative Überwachung und Regulierung im Dienstleistungssektor (OECD, 2023; Swedish Agency for Growth Policy Analysis, 2012). Vertrauen und Eigenverantwortung geniessen in Schweden einen besonders hohen Stellenwert (Global Government Forum, 2021; OECD 2025; IHK München, 2025).

5 Limitationen

Die Ergebnisse dieser Studie sind vor dem Hintergrund mehrerer methodischer Einschränkungen zu interpretieren. Der verwendete Bürokratieindex stützt sich auf die international vergleichbare *Doing Business* Indikatorik der Weltbank. Diese Daten bilden vor allem formale Anforderungen und standardisierte Modellfälle ab, während die tatsächliche Umsetzungspraxis und regionale Unterschiede innerhalb der Länder nur teilweise erfasst werden. Die Weltbank stellte die *Doing Business*-Erhebungen im Jahr 2021 ein, nachdem interne Untersuchungen Unregelmässigkeiten bei Werten von vier Ländern festgestellt hatten. Der verwendete Bürokratieindex basiert auf den historischen Datenreihen. Die ökonometrischen Analysen nutzen die Daten jedoch nur zur Identifikation von Reformperioden. Die zugrunde liegende Quelle wird nicht mehr fortgeführt, die Daten stehen aber weiterhin durch die Weltbank zur Verfügung.

Die Schätzung der entgangenen Wirtschaftsleistung nutzt einen Differenz-in-Differenzen-Ansatz, der umfangreiche Reformepisoden verschiedener Länder auswertet. Dieses Vorgehen ist in der empirischen Wirtschaftsforschung etabliert. Gleichwohl liegt die abgeleitete Wachstumswirkung von rund 4.6 Prozent des BIP pro Kopf am oberen Ende der Spannbreite internationaler Ergebnisse zur Wirkung von Strukturreformen (vgl. Terzi und Marazzo, 2017).

Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass die Schweiz mit ihrer bereits vergleichsweise effizienten Verwaltung aus weiterem Bürokratieabbau möglicherweise geringere Zuwächse erzielt als Staaten mit ausgeprägteren Ineffizienzen. Die Übertragbarkeit internationaler Befunde hängt daher von der Ausgangslage und der konkreten Ausgestaltung der Reformen ab. Die Werte dieser Studie sind als Best-Case-Szenario zu verstehen, das vor allem grosse, koordinierte Deregulierungsprogramme abbildet.

6 Fazit

Basierend auf unserem Bürokratieindex schneidet die Schweiz im internationalen Vergleich besser als der OECD-Durchschnitt ab. Gleichzeitig liegt die Schweiz jedoch deutlich hinter führenden Ländern wie Dänemark oder Schweden zurück. Die ökonometrische Auswertung ergibt, dass ein umfassender Bürokratieabbau das BIP pro Kopf im Durchschnitt um rund 5 Prozent steigern könnte, was einer zusätzlichen Wirtschaftsleistung von rund 30 Milliarden CHF entspricht. Besonders profitieren könnten kleinere und mittlere Unternehmen, die im Verhältnis zur Unternehmensgrösse typischerweise überproportional belastet sind. Die Ergebnisse zeigen das erhebliche volkswirtschaftliche Potenzial gezielter Entbürokratisierungsreformen, auch in einem bereits solide funktionierenden System wie der Schweiz. Der Vergleich mit Schweden deutet darauf hin, dass föderalistische Autonomie, konsequente Digitalisierung und eine Orientierung an privatwirtschaftlichen Lösungen für eine Entbürokratisierung förderlich sind. Neue Möglichkeiten der Effizienzsteigerung eröffnen sich zudem durch technologische Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI).

7 Literatur

Behringer, S., Blättler, S., Heroth, T., Laun, U. & Gesslein, M. (2025). Chancenreport Schweiz 2025 - Stabilität schafft Dynamik. Raiffeisen Schweiz.

Bigler, H., & Schneider, H. (2019). Der Wert der KMU. Schweizerischer Gewerbeverband sgV. Bern.

Borusyak, K., Jaravel, X., & Spiess, J. (2024). Revisiting event-study designs: robust and efficient estimation. *Review of Economic Studies*, 91(6), 3253-3285.

Bundesrat (2013). Bericht über die Regulierungskosten. Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate Fournier (10.3429) und Zuppiger (10.3592).

Callaway, B., & Sant'Anna, P. H. (2021). Difference-in-differences with multiple time periods. *Journal of Econometrics*, 225(2), 200-230.

Card, David & Krueger, Alan B. (1994): Minimum Wages and Employment: A Case Study of the Fast-Food Industry in New Jersey and Pennsylvania. *American Economic Review*, 84(4), 772–793.

De Chaisemartin, C., & d'Haultfœuille, X. (2020). Two-way fixed effects estimators with heterogeneous treatment effects. *American Economic Review*, 110(9), 2964-2996.

Falck, O., Guo, Y. M., & Pfaffl, C. (2024). Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand. ifo Studie im Auftrag der IHK für München und Oberbayern.

Gatja, P. & Künzi, K. (2023). Administrative Belastung in den freien Berufen. Studie im Auftrag des Schweizerischen Verbands freier Berufe (SVFB). Büro BASS.

Gerny, D. (2023). «Jedes Jahr wird die Gesetzesflut grösser»: Fünf Irrtümer über die Regulierungswut in der Schweiz. NZZ vom 28.12.2023.

KMU-Forum. (2024). Tätigkeitsbericht für die Amtsperiode 2020-2023. Dokument verfügbar unter: <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/86140.pdf>

KPMG und Schweizerischer Gewerbeverband sgV (2010). Schlussbericht: Messung der Regulierungskosten für die KMU. Bern.

Mosler, M. & Schaltegger, C. (2022). Schwächt das Bürokratiewachstum die Wirtschaft? Effekte der öffentlichen Budgetkomposition auf kantonaler Ebene auf die regionale Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz. Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern.

Vokinger, K. N., & Schneider, D. (2023). Entwicklung in der Gesetzgebung und Gesetzesqualität, 1972-2022. Eine empirische Analyse ausgewählter Indikatoren zum internationalen Recht und Bundesrecht. Jusletter vom 18. Dezember 2023.

SECO, Staatssekretariat für Wirtschaft. (2023). Bürokratiemonitor: Administrative Entlastung dank Digitalisierung. Link aufgerufen am 11.07.25 unter: <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=93320>

Terzi, A., & Marrazzo, P. M. (2017). *Wide-reaching Structural Reforms and Growth: A Cross-country Synthetic Control Approach* No. 82a. Center for International Development at Harvard University.

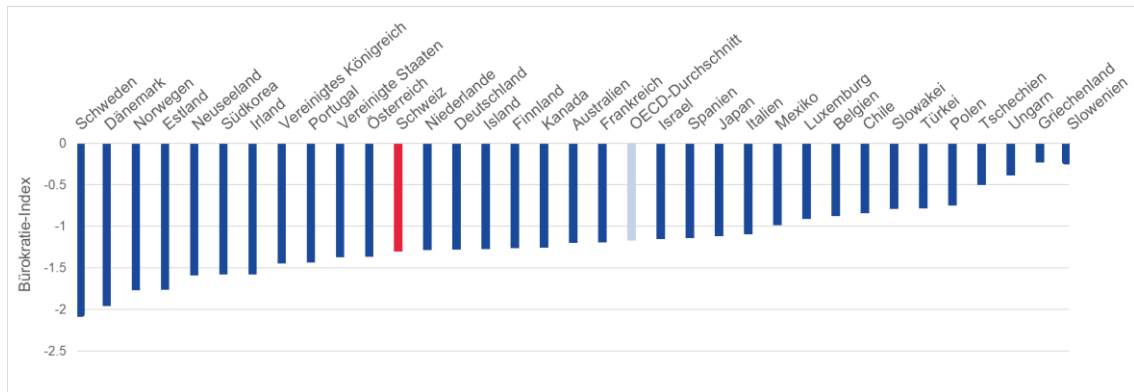
VSE, Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen. (2025). Rückblick Sommersession 2025. Link aufgerufen am 17.07.2025 unter: <https://www.strom.ch/de/schwerpunkte/aktuell-im-bundeshaus>

Weltbank. (2023). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Abgerufen von <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD>

Weltbank. (2021). Doing Business. Abgerufen von <https://archive.doingbusiness.org/en/doing-business>

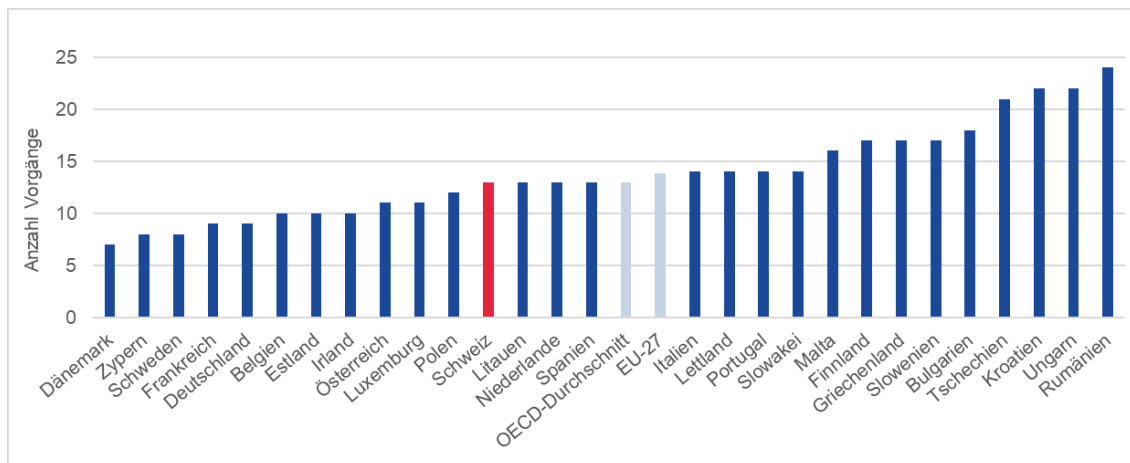
A Anhang

Abbildung 6: Bürokratieindex der OECD-Länder



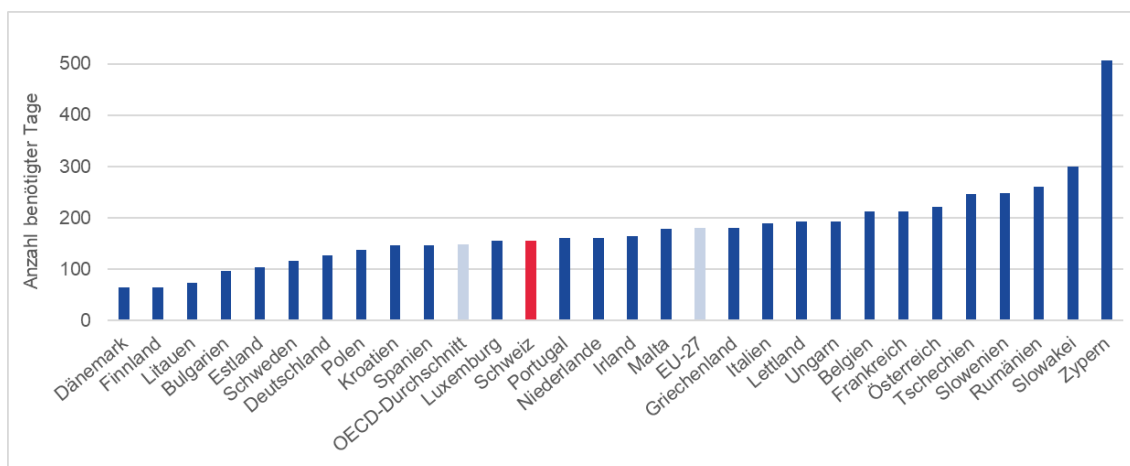
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts basierend auf Daten der Weltbank. Ein Wert von «Null» entspricht dem Durchschnitt aller in die Untersuchung eingeschlossenen Länder (inklusive Nicht-OECD-Länder) in 2006. Darstellung: BSS.

Abbildung 7: Baugenehmigung – Anzahl benötigter Vorgänge



Quelle: Weltbank. Darstellung: BSS.

Abbildung 8: Baugenehmigung – Anzahl benötigter Tage



Quelle: Weltbank. Darstellung: BSS.

Tabelle 2: Einzelindikatoren des Bürokratieindex für ausgewählte Länder

Land	Baugenehmigung (# Vorgänge)	Baugenehmigung (Tage)	Anmeldung von Eigentum (# Vorgänge)	Anmeldung von Eigentum (Tage)	Aufwand für Steuererklärungen (Häufigkeit pro Jahr)	Aufwand für Steuererklärungen (h pro Jahr)	Export Dokumentierungsaufwand (h)	Import Dokumentierungsaufwand	Export Zollabwicklung (h)	Import Zollabwicklung (h)
Schweiz	13	156	4	16	19	63	2	2	1	1
Österreich	11	222	3	21	12	131	1	1	0	0
Belgien	10	212	8	49	11	136	1	1	0	0
Bulgarien	18	97	8	19	14	441	2	1	4	1
Kroatien	22	146	5	33	12	206	1	1	0	0
Zypern	8	507	7	9	16	120	2	2	18	15
Tschechien	21	246	4	28	8	230	1	1	0	0
Dänemark	7	64	3	4	10	132	1	1	0	0
Estland	10	103	3	18	8	50	1	1	2	0
Finnland	17	65	3	62	8	90	2	1	36	2
Frankreich	9	213	8	42	9	139	1	1	0	0
Deutschland	9	126	6	52	9	218	1	1	36	0
Griechenland	17	180	11	26	8	193	1	1	24	1
Ungarn	22	193	4	18	11	277	1	1	0	0
Irland	10	164	5	32	9	82	1	1	24	24
Italien	14	190	4	16	14	238	1	1	0	0

Land	Baugenehmigung (# Vorgänge)	Baugenehmigung (Tage)	Anmeldung von Eigentum (# Vorgänge)	Anmeldung von Eigentum (Tage)	Aufwand für Steuererklärungen (Häufigkeit pro Jahr)	Aufwand für Steuererklärungen (h pro Jahr)	Export Dokumentierungsaufwand (h)	Import Dokumentierungsaufwand	Export Zollabwicklung (h)	Import Zollabwicklung (h)
Lettland	14	192	4	17	7	169	2	1	24	0
Litauen	13	74	3	4	10	95	3	1	7	0
Luxemburg	11	155	7	27	23	55	1	1	0	0
Malta	16	179	7	17	8	139	24	1	24	2
Niederlande	13	161	5	3	9	119	1	1	0	0
Polen	12	137	6	135	7	334	1	1	0	0
Portugal	14	160	1	10	8	243	1	1	0	0
Rumänien	24	260	6	15	14	163	1	1	0	0
Slowakei	14	300	3	17	8	192	1	1	0	0
Slowenien	17	248	7	51	10	233	1	1	0	0
Spanien	13	147	6	13	9	143	1	1	0	0
Schwe den	8	117	1	7	6	122	1	1	2	0
EU-27	14	180	5	27	10	174	2	1	7	2

